

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Stefan Hilsberg MdB zur Diskussion über Urwahl, Befragung, Mitgliederbeteiligung: Fragen für den nächsten Parteitag.

Seite 1

Reinhard Appel zum 65. Geburtstag von Lothar Schwartz: Aus seinen Erfahrungen könnten andere zehren.

Seite 2

Joachim Wahnschaffe MdL zu Edmund Stoibers Wurstelei in der Wohnungspolitik: Ein Weltmeister im Sprücheklopfen.

Seite 3

Dr. Jürgen Schmude MdB zum Tod von Ulrich Klug: Ein mutiger und liberaler Streiter für den Rechtsstaat.

Seite 4

Dokumentation

Renate Schmidt MdB erklärte in München: Warum ich für die Kanzlerkandidatur nicht zur Verfügung stehe.

Seite 5

48. Jahrgang / 90

12. Mai 1993

Fragen für den nächsten Parteitag

Zur Diskussion über Urwahl, Befragung, Mitgliederbeteiligung

Von Stefan Hilsberg MdB

Der Rücktritt von Björn Engholm hat schlaglichtartig die SPD in ein gleißendes Licht getaucht. Zu recht werden zur Zeit Fragen nach der Moral gestellt und nach dem Stau von Problemen, die sich in unbewältigten Konflikten widerspiegeln.

Unter diesen Bedingungen ist es gut und notwendig, besonnen und auf die Wahrung der Einheit der Partei bedacht, die Frage der Nachfolge zu klären.

In diesem Zusammenhang ist, nicht das erstmal, der Vorschlag der Urwahl gemacht worden. Der Vorschlag ist strittig. Zumindest soll nun aber die Parteibasis deutlich ihr Votum formulieren können. Sie soll mitreden und mitentscheiden.

So gut der Gedanke einer Urwahl ist, der Vorschlag jetzt hat die Gefahr, die Urwahl selbst zu diskreditieren. Denn eine praktikable Sache, zur Unzeit vorgeschlagen, gefährdet die Sache mehr als ihr nützt. Der Verdacht steht im Raum, die Urwahl würde instrumentalisiert, das heißt sie sei für respektive gegen bestimmte Kandidaten gerichtet. So entsteht Mißtrauen, daß sich gegen die Urwahl selber richten kann.

Auch der jetzt offenbar zurückgelahrene Vorschlag einer Urwahl auf Mitgliederbefragung kann leicht zur Mitgliederverkapsung entarten. Außerdem ist denkbar, daß die Mitgliederbefragung die SPD in weitgehende Schwierigkeiten bringt.

Es gibt zur Zeit mehr als zwei Kandidaten. Bei einer Einzelwahl wird zwischen absoluter und relativer Mehrheit unterschieden. Dafür benötigt man mindestens zwei Wahlgänge. Wie aber soll das mit der Mitgliederbefragung geschehen?

Was passiert bei einer Mitgliederbefragung, wenn drei oder vier Kandidaten zur Wahl stehen und im Ergebnis der Abstand zwischen den ersten beiden nur wenige Prozente beträgt, beide aber nicht mehr als 55 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können?

Dann muß der Parteitag entscheiden. Befriedigen wird seine Entscheidung sicher nicht. Was noch schlimmer wiegt, ein Teil der Partei hat mit Sicherheit die Nase gestrichen voll von der Mitgliederbefragung. Damit ist dann eine gute Idee vom Tisch.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit wertvollen Nachträgen
Recycling-Papier



Urwahlen und plebiszitäre Elemente sind gute Sachen. Wir sollten sie einführen, wenn wir es mit unseren Parteitagsbeschlüssen ernst meinen. Aber ihre Wirkungen müssen wohl bedacht werden. Ein Regularium ihrer Anwendung muß beschlossen werden, das Satzungsrang hat. Das kann nur ein Parteitag. Dieser Parteitag sollte diese Frage nicht aus kurzfristigen, tagespolitischen Erwägungen heraus beantworten, sondern wohl abgewogen. Denn es ist der Parteitag und seine Delegierten, die am meisten durch plebiszitäre Elemente betroffen sind.

Durch Urwahlen findet eine Machtverlagerung statt. Was die Basis mehr bekommt, wird dem Parteitag entzogen. Ein Parteivorsitzender oder auch nur ein Kanzlerkandidat mit dem Votum der Basis kann dem Parteitag selbst gegenüber ganz anders auftreten. Man stelle sich hier nur einen unserer machtbewußten Kandidaten vor. Deshalb muß die Urwahl mit plebiszitären Elementen für Sachentscheidungen verknüpft werden. Dafür braucht man Zeit. Bisher sind noch keine Vorbereitungen dafür getroffen worden. Warum eigentlich? Der Vorschlag der Urwahl ist doch bereits vor dem letzten Parteitag in Bonn gemacht worden. Seine Anhänger sollten endlich einen Antrag stellen. Dann können wir auf dem nächsten Parteitag darüber reden.

(-/12. Mai 1993/rs/fr)

Aus seinen Erfahrungen könnten andere zehren

Lothar Schwartz zum 65. Geburtstag

Von Reinhard Appel

Hörfunkbeauftragter des ZDF für DS Kultur

Heutzutage an Lothar Schwartz in Kaiserslautern zu denken - der jetzt 65 wird - das heißt auch, sich an die alten Zeiten in Bonn zurückzuerinnern, als Lothar in der "Baracke", zunächst als rundfunkpolitischer Referent und später - nach dem Tod von Jochen Schulz - als Sprecher der SPD seiner Partei, ob sie opponierte, koallierte oder den Kanzler stellte, meist bis zur letzten Fernseh-Nachrichtensendung im wahrsten Sinne des Wortes diente. Lothar war für seine Genossen, ob oben oder unten, und vor allem auch für uns Bonner Journalisten stets erreichbar, auskunftsbereit und argumentationsbereit. Und wem das Telefongespräch nicht ausreichte, der konnte ihn notfalls beim überparteilichen Skat um Mitternacht noch in der (leider nicht mehr existierenden) "Rheinlust" treffen.

Die Partei war gut beraten, den studierten Pfälzer Journalisten, der seinen Beruf von der Pike auf gelernt hatte, Mitte der 60er Jahre nach Bonn zu holen, denn durch seine fachliche Kompetenz, seine Kenntnisse über die Partei von innen, seine kommunikativen Fähigkeiten sowie seine Falrneß auch gegenüber Nicht-Genossen und nicht zuletzt wegen seiner phantasiereichen Sprache entwickelte sich Lothar unter den Fraktions-, Partei- und Regierungssprechern in Bonn zu einer Institution in Bonn. Seine heitere Ironie, mit der er den politischen Gegner attackierte und die Sprache der Politiker zugleich persiflierte, wenn er beispielsweise die "fassungslose Abscheu" und die "umfassende Empörung" erfand, oder wie er mit seinem pfälzischen Landsmann Kohl und dieser mit dem Alt-Mainzer Rundfunk- und Zeitungsjournalisten Schwartz umging (ihn zum Beispiel bewußt fälschlich als "den aus Kusel titulerte"), all das ist unter den älteren Bonnern unvergessen.

Wie Lothar der Troika Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner, diesen sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten als Parteisoldat loyal diente, das war (auch psychologisch) ein Meisterstück.

Man sollte von ihm mehr über die Hochs und Tiefs in der SPD erfahren. Vielleicht könnten andere davon zehren.

Für die Journalisten der elektronischen Medien war Lothar in seiner Bonner Zeit gefürchtet und beliebt zugleich. Wer auch immer die SPD-Medienpolitik offiziell repräsentierte, Lothar war das Nachbör. Er kannte die Hills und die Hammerschmidts, die Struwas und die Ruges, und er wußte sie einzuschätzen. Er hat manchem Kollegen geholfen, manchen verhindert, manchem Programmdirektor, Chefredakteur und Intendanten zu seinem Amt verholfen, aber für sich selbst nicht den Habel bewagt. Er wollte auch nie vorn, nie erster sein. Intendant Conny Ahlers holte ihn als Pressemann zur Deutschen Welle, die von seiner Erfahrung und seinen Verbindungen partizipierte; Klaus Schütz und Dieter Weirich bestätigten ihn in seiner Aufgabe.

Was seine Freunde, zu denen ich mich zähle, niemals glauben wollten, hat er nach seiner Pensionierung wahr gemacht. Er zog in seine pfälzische Heimat nach Kaiserslautern und über Telefon und Fax kann man wie in alten Zeiten mit ihm kommunizieren, und dann ist es fast wie früher, nur noch gelassener und weniger hektisch.

Viele Bonner Journalisten und Politiker grüßen nach Kaiserslautern und wünschen Dir, Lothar, und Deiner Frau noch eine lange, gesunde und interessante Zeit.

(-/12. Mai 1993/rs/ks)

Ein Weltmeister im Sprücheklopfen Zu Edmund Stoibers Wurstelei in der Wohnungspolitik

**Von Joachim Wahnschaffe MdL
Wohnungspolitischer Sprecher der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion**

Innenminister Stoiber ist mit seiner Wohnungspolitik gescheitert. Der CSU-Minister ist zwar ein Weltmeister im Sprüche klopfen, wurstelt aber in der Wohnungspolitik planlos herum. Social Wind Minister Stoiber auch macht - die Fakten sprechen eine andere Sprache: es fehlen weiterhin 250.000 Wohnungen in Bayern, und die Wohnungsnot steigt immer noch, vor allem in den Ballungsräumen des Freistaats. Allein in München suchen 15.000 Menschen eine Sozialwohnung.

Wie wirkungslos die Stoiber'schen Sprüche geblieben sind, zeigen drei Beispiele:

1. Der Umwandlungsskandal wurde nicht beseitigt. So fordert Stoiber zwar genauso wie die SPD, daß die Gemeinden ein Umwandlungsverbot - und zwar in den Gebieten, in denen besondere Wohnungsnot herrscht - aussprechen können. Doch die Bundesregierung setzt mit den Stimmen der CSU-Vertreter eine Verwässerung durch. Zehn Jahre Kündigungsschutz bei Umwandlung stellt keinen wirksamen Schutz der Mieter vor Wohnungsspekulation dar.
2. Eine Baulandsteuer gegen Grundstücksspekulation und für Mobilisierung von Bauland wird gleichermaßen von SPD und Stoiber in München gefordert. Doch sein Parteilvorsitzender Waigel verhindert dies in Bonn.
3. Wie die SPD verlangt auch Minister Stoiber, die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen von 30 Prozent auf 15 Prozent herabzusetzen. Doch die Bundesregierung beschließt mit der CSU in Bonn 20 Prozent.

Wird nun der bayerische Innenminister trotz seiner markigen Worte wieder kuschen, wenn es darum geht, den Skandal der geringen Einkommensgrenzen zur Berechtigung einer Sozialwohnung zu beseitigen? Schließlich gehören nach der derzeitigen Regelung beispielsweise ein Trambahnfahrer und eine Sekretärin zu den "Spitzenverdienern" und haben keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung.

Die Bundesregierung erwägt nun eine Anhebung der Einkommensgrenzen um lediglich zehn Prozent. Die mittleren Brutto-Einkommen dagegen sind innerhalb der vergangenen zehn Jahre - von 1980 bis 1990 - um etwa 50 Prozent gestiegen. Um der gegenwärtigen Entwicklung zu einseitigen Mieterstrukturen im sozialen Wohnungsbau entgegenzutreten, hält die Bayerische SPD eine allgemeine Erhöhung der Einkommensgrenzen um 35 bis 40 Prozent für geboten. Schließlich sind die Einkommensgrenzen seit 1980 unverändert.

In einem Landtagsantrag fordert die SPD-Fraktion die Bayerische Staatsregierung auf, beim Bund auf eine kräftige Erhöhung der Einkommensgrenzen hinzuwirken. Weiter sollen die Länder ermächtigt werden, innerhalb von Höchstgrenzen eine regionale beziehungsweise lokale Differenzierung vorzunehmen. Im sozialpolitischen Ausschuß stimmte die CSU dem SPD-Antrag bereits zu. Die Entscheidung in der Vollversammlung des Landtags steht noch aus. Wahrscheinlich wird Innenminister Stolber wieder auf die Pauke hauen und der SPD Recht geben. Ob er damit in Bonn etwas bewirkt, steht auf einem anderen Blatt. Denn von seinen Parteifreunden in Bonn wird er dann wieder zurechtgestutzt - oder erst gar nicht gefragt.

(-/12. Mai 1993/rs/ks)

Ein mutiger und liberaler Streiter für den Rechtsstaat Zum Tod von Ulrich Klug

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister der Justiz a.D.

Mit dem Tod des Kölner Rechtsprofessors Ulrich Klug verlieren Juristen und Rechtspolitiker in Deutschland einen bedeutenden Reformen, Anreger und Kritiker. Als einer der "Alternativprofessoren" hat er die umfangreichen Gesetzgebungsvorhaben zur Strafrechtsreform in den 60er und 70er Jahren gewichtig und positiv beeinflusst. In der Rechtspraxis hat er als Verteidiger von Menschen gewirkt, deren Hilfsbedürftigkeit im Rahmen besonderer Umstände offensichtlich war, während sie - und ihr Verteidiger mit ihnen - zugleich auf viele Vorbehalte trafen. Sein rechtspolitisches Engagement führte Ulrich Klug 1970 als Staatssekretär ins nordrhein-westfälische Justizministerium und 1974 als Justizsenator nach Hamburg. Dort setzte er für die bundesweite Regelung des Strafvollzuges liberale Maßstäbe durch das "Hamburger Modell" mit einer besonderen Urlaubsregelung für Strafgefangene in der Vorphase der Entlassung.

Mit seiner großen Sachkompetenz und seinem umfangreichen Fachwissen in zahlreichen Rechtsgebieten hätte sich Klug auf die Rolle eines geachteten Gelehrten und Fachexperten beschränken können. Dafür aber nahm er zu viel Anteil am politischen Geschehen; immer wieder drängte es ihn, sich mit Gestaltungsvorschlägen, aber auch mit entschiedener Kritik an der politischen Meinungsbildung zu beteiligen. Mißstände und Fehlgriffe sollten nicht nur seine Kommentierung erfahren, sondern auch auf seinen aktiven Widerspruch treffen. Taktische Rücksichtnahme war ihm dabei fremd. Aus

seiner Unbefangenheit im Vorgehen und nicht etwa aus Schwächen in seiner juristischen Konzeption ergaben sich Grenzen für seine politische Wirksamkeit.

Gerechtigkeit gegen Jedermann, Menschlichkeit und radikale Liberalität waren für ihn die stets bestimmenden Prinzipien seines Redens und Handelns. So wurde er zum erfolgreichen Vorkämpfer gegen die lebenslange Haft und für eine Überprüfung nach 15 Jahren und für einen strikt am Zweck der Strafe und am Ziel der Wiedereingliederung orientierten Strafvollzug.

Ulrich Klug verstand es, die Schärfe seiner kritischen Äußerungen mit persönlicher Aufgeschlossenheit und Lebenswürdigkeit zu verbinden. So war es stets eine Freude, ihn zu erleben und mit ihm zu diskutieren. Besonders bereichernd war die strittige Auseinandersetzung mit ihm; man lernte gerne und viel von ihm.

Bei der immer neuen Verwirklichung und Verbesserung des demokratischen Rechtsstaats sind Helfer wie Ulrich Klug unentbehrlich. Unsere dankbare Erinnerung an sein Wirken sollte die Bereitschaft einschließen, seine Einsprüche und Mahnungen weiterhin zu bedenken, auch wenn er sie selbst nicht mehr vorbringen kann.

(-/12. Mai 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Renate Schmidt: Warum ich für die Kanzlerkandidatur nicht zur Verfügung stehe

Die Vorsitzende der BayernSPD, Renate Schmidt, gab zur Frage einer Bewerbung um die SPD-Kanzlerkandidatur am Mittwoch in München folgende Erklärung ab.

I.

Nach den Beschlüssen der SPD-Führungsgremien in Bonn über das Verfahren zur Regelung der Nachfolge von Björn Engholm als Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat habe ich mich entschieden, daß ich für eine Kanzlerkandidatur nicht zur Verfügung stehe.

Seit mein Name in diesem Zusammenhang genannt wird, war für mich stets klar, daß ich keine Entscheidung treffe, die den überfälligen Regierungswechsel in Bayern gefährden könnte.

Denn ich will und werde meiner Verantwortung, die ich gegenüber der BayernSPD und für die Menschen in Bayern übernommen habe, nach besten Kräften gerecht werden.

II.

Eine Bewerbung um die Kanzlerkandidatur wäre nur dann möglich gewesen, wenn

1. das Verfahren zur Nominierung der Kanzlerkandidatin beziehungsweise des Kanzlerkandidaten eine zügige Entscheidung binnen weniger Monate erlaubt hätte, und
2. es zu der klaren Trennung der Ämter des Parteivorsitzes und der Kanzlerkandidatin beziehungsweise des Kanzlerkandidaten gekommen wäre - die ich in der gegebenen bundespolitischen Situation generell für richtig halte.

III.

Damit hätte ich

- a) das Amt der Vorsitzenden der BayernSPD, in dem mich meine Partei erst vor zweieinhalb Wochen auf dem Nürnberger Landesparteitag eindrucksvoll bestätigt hat, behalten können und
- b) auch in der zusätzlichen bundespolitischen Spitzenfunktion dabei mithelfen können, den angestrebten Regierungswechsel in Bayern herbeizuführen.

IV.

Nach den Beschlüssen des SPD-Parteivorstandes vom Montagabend bleibt jedoch auf Monate hinaus ungeklärt, ob Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur getrennt werden. Die Entscheidung über die Kanzlerkandidatur soll sogar erst Anfang 1994 fallen.

vor diesem Hintergrund würde meine Bewerbung um die SPD-Kanzlerkandidatur für die BayernSPD im Hinblick auf die Landtagswahl 1994 eine unerträgliche Hängepartie bedeuten.

Dies würde insbesondere unsere Chancen vermindern, die verschlissene, in ihrer Führung heillos zerstrittene und angesichts des drohenden Machtverlustes jetzt für alle sichtbar in zwei Lager gesplittene Amigo-CSU in der Regierungsverantwortung abzulösen und die von immer mehr Wählerinnen und Wählern geforderte grundlegende politische Erneuerung Bayerns herbeizuführen.

V.

Über die positive Resonanz, die der für mich unerwartete Vorschlag zur Kanzlerkandidatur in meiner Partei und weit darüber hinaus gefunden hat, habe ich mich sehr gefreut. Dieser überaus große Zuspruch hat mich veranlaßt, eine Bewerbung um dieses Spitzenamt nicht von vornherein auszuschließen, sondern darüber nachzudenken. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil mit diesem Vorschlag deutlich wurde, daß hohe und höchste Regierungsämter 75 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechtes nicht länger die Domäne eines einzigen Geschlechtes sind.

Für die Kanzlerkandidatur vorgeschlagen zu werden, ist eine Ehre - für mich und für meine bayerische Partei. Sie zeugt nicht zuletzt von der gewachsenen bundespolitischen Rolle der BayernSPD, während die CSU immer offenkundiger zur Regionalpartei wird.

Ich danke all denen, die mich ermutigt haben und die mir ihre Unterstützung im Falle einer Bewerbung zugesichert haben.

Ich bitte sie, jetzt genauso engagiert mitzuhelfen, daß der überfällige Regierungswechsel in Bayern möglich wird.

(-/12. Mai 1993/rs/ks)
